

Deutsche Nationalstiftung  
Jahrestagung 2024

Anrede

Wer sind wir? Wer wollen wir sein? Wie sieht unsere Zukunft aus? Diese Fragen werden in Deutschland gerade wieder oft gestellt. Antworten fallen so schwer wie lange nicht. Denn wir haben es, im Innern und um uns herum, mit unzähligen Brüchen und Widersprüchen zu tun, mit Turbulenzen und Ungewissheiten, denen viele Selbstgewissheiten zum Opfer gefallen sind.

Die Welt ist in Aufruhr und das geht an den Deutschen nicht vorbei.

So zeigen uns zwar die kontinuierlichen Untersuchungen des Sozio-ökonomischen Panels, der größten und am längsten laufenden multidisziplinäre Langzeitstudie des Landes, dass die Zufriedenheit der Deutschen mit ihren persönlichen Lebensverhältnissen in den zurückliegenden Jahren immer weiter angestiegen ist. Genauso beständig gewachsen aber ist ihre Unzufriedenheit mit vielen gesellschaftlichen Entwicklungen und mit dem Handeln des Staates.

Diese Diskrepanz ist ganz offensichtlich das Ergebnis zahlreicher, tief verunsichernder Ereignisse und Entwicklungen der letzten 15 Jahre, insbesondere die Finanz- und Eurokrise von 2008 bis 2012, eine massive, weitgehend ungesteuerte Zuwanderung, die Corona-Epidemie, der Ausbruch eines großflächigen Landkriegs in Ost-Europa und ein dadurch stark beschleunigter Preisanstieg, vor allem in den lebens-wichtigen Bereichen Energie und Ernährung. Und das alles vor dem Hintergrund eines immer bedrohlicheren weltweiten Klimawandels.

Dass internationale Finanzkrisen tiefe gesellschaftliche Verwerfungen auslösen, die noch viele Jahre nachwirken, ist historisch gut belegt. Die Erfahrungen der Deutschen mit der Hyperinflation in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts scheinen sich bis heute in unsere nationale DNA festgesetzt zu haben. Und die Ereignisse der Jahre 2008 bis 2012 bilden insofern keine Ausnahme. Die jüngsten Wahlen in den USA haben darüber hinaus gezeigt, wie sehr massive Preissteigerungen für Güter des täglichen Gebrauchs, wie wir sie in den vergangenen zwei Jahren auf beiden Seiten des Atlantiks zu verzeichnen hatten, auch dann gesellschaftlich nachwirken, wenn die Inflationsdynamik schon wieder überwunden wurde: obgleich die meisten Ökonomen den USA eine sehr gute wirtschaftliche Situation attestierten, empfanden das viele Amerikaner ganz anders und ließen sich maßgeblich davon in ihrer Wahlentscheidung leiten. Kaufkraftverluste, bei uns zudem noch verbunden mit nicht geringen Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft des Landes, dürften auch hierzulande nicht ohne politische und gesellschaftliche Folgen bleiben.

Kaum war 2012/2013 die Finanzkrise vorüber, erschütterten millionenfache Einwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten Europa und auch Deutschland. Überall auf unserem Kontinent wurde und wird bis heute erbittert darüber gestritten,

wieviel Zuwanderung unsere Gesellschaften vertragen können und was gegen massive illegale Migration unternommen werden soll. Rechtsextreme Parteien haben insbesondere über dieses Thema quer über den gesamten Kontinent enorme Zuwächse generiert – von Skandinavien über Holland und Frankreich bis nach Italien. Und auch die Erfolge der AfD haben hier eine wesentliche Wurzel.

Dann kam Corona. Eine Bertelsmann-Studie zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Epidemie kam zu dem Schluss, dass nach einer ersten Phase gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalts schon im Winter 2020 „84 Prozent der Menschen in Deutschland den Eindruck (hatten), dass die Corona-Pandemie das gesellschaftliche Miteinander stark belastet; zwei Jahre später fiel der Wert unverändert hoch aus.“

Dass sich die maßgeblichen politischen Kräfte unseres Landes in der jetzt vorzeitig zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht auf eine angemessene Form haben einigen können, um die Geschehnisse während der Pandemie und das Handeln der staatlichen Akteure in dieser Zeit ohne parteipolitische Zuspitzungen sorgfältig und umfassend aufzuarbeiten, ist deshalb ein bedauerliches Versäumnis. Eine wichtige Chance wurde vertan, verloren gegangenes Vertrauen in unser Gemeinwesen zurück zu gewinnen.

Auf Corona folgte der Angriff Russlands auf die Ukraine, ein bis dahin für unmöglich gehaltener Rückfall in Zeiten imperialer Kriege in Europa, der insbesondere in den ersten Monaten große Ängste ausgelöst hat (die nicht wenige auch heute noch empfinden), die bewaffnete Konfrontation könne sich auf weite Teile Europas ausweiten. Damit einherging die Sorge um die Versorgung Deutschlands mit Energie.

Viele Forscher stimmen darin überein, dass wir es in Deutschland nicht mit einer gespaltenen Gesellschaft zu tun haben, auch wenn in vielen Medien davon immer wieder die Rede ist. Aber die Deutschen nehmen die Gesellschaft trotz eines nie dagewesenen Maßes an Sozialstaatlichkeit gegenwärtig zu großen Teilen als ungerecht wahr. Eine wachsende Zahl von ihnen steht der Art und Weise, wie unsere Demokratie funktioniert, kritisch gegenüber. Sie fühlen sich erschöpft, sorgen sich um die Zukunft und fürchten sich vor weiteren großen Veränderungen, von denen sie zugleich ahnen, dass sie unabweisbar bevorstehen.

Das – auch nach der Wiedervereinigung - immer wieder erfolgreich erneuerte „Modell Deutschland“ wirkt heute ausgelaugt. Ermutigende, glaubwürdige Zukunftsperspektiven aus Politik und Wirtschaft werden weithin vermisst. Wo, so wird sorgenvoll gefragt, sind die neuen, unseren Wohlstand sichermachenden Wachstumsmotoren, die an die Stelle dessen treten könnten, was definitiv verloren scheint: preiswerte Energie aus Russland, liberalisierter Freihandel rund um den Globus, die lange kaum zu stillende Nachfrage nach hochwertigen Industriegütern aus China, eine auf Ingenieurskunst basierende Exzellenz in Maschinen- und Motorenbau?

Damit einher geht die Frage nach dem, was in einer solchen Phase der Umbrüche unsere Gesellschaft zusammenhalten kann. Über Jahrzehnte verlässliche Stabilitätsanker wie die deutschen Volksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, öffentlich-rechtlichen Medien, haben an Kraft spürbar verloren, vermögen es immer weniger, breite Bevölkerungsschichten dauerhaft an sich zu binden, verlässliche Orientierung zu bieten. Währenddessen erweisen sich immer wirkmächtigere „Soziale

Medien“ auch hierzulande zunehmend als das Gegenteil dessen, was der Begriff versprach.

Vermeintliche Gewissheiten des deutschen Selbstbildes erodieren. Einigender, selbstbewusster Stolz auf handfeste Erfolge deutscher Tüchtigkeit, auch auf den gemeinschaftlichen Aufbau eines leistungs-fähigen Sozialstaats, zerbröselt wie die Bausubstanz vieler Schulen und anderer öffentlicher Gebäude. Kaputte Straßen, defekte Brücken, eine marode und unzuverlässige Bahn werden als Zeichen eines allgemeinen Niedergangs wahrgenommen. Grundlegende Zweifel und pauschale Kritik an unserem Gemeinwesen insgesamt sind unüberhörbar.

Verunsicherung und Zukunftsängste, zahlreiche Studien belegen es, nehmen stark zu, gerade auch bei Jüngeren.

Sicher: Nicht allen ist nach Schwarzmalerei zumute. Die Hitzigkeit und hochgradige Erregung, mit denen gerade auch an wohl-situierten, bürgerlichen Tischen über die politische Lage diskutiert wird, kommen manchen reichlich überzogen vor. Ihnen ist durchaus bewusst, dass das Schicksal es doch recht gut mit ihnen meint, unser Land ihnen noch immer viel zu bieten hat und über große Stärken verfügt, etwa in der beruflichen Bildung oder mit einem ausdifferenzierten, hoch effizienten System der öffentlichen Forschungsförderung, um das uns andere Länder aus gutem Grund beneiden.

Zu den festen Säulen des deutschen Selbstverständnisses nach 1945 zählte über Jahrzehnte das „Nie wieder“ als zentrale Lehre aus Krieg und Holocaust. Natürlich waren die Vorstellungen von dem, was „nie wieder“ geschehen sollte, durchaus vielfältig, zumal aus west- und aus ostdeutscher Perspektive. Einiges blieb im Ungefähren - und veränderte sich im Laufe der Jahrzehnte weiter. Immerhin konnten dort, wo freie Wahlen möglich waren, rechtsextreme Parteien lange Zeit nur kurz-fristig Erfolge erzielen, um anschließend wieder in der Versenkung zu verschwinden.

Das Tabu hielt viele Jahrzehnte stand.

Heute nicht mehr. Eine rechtspopulistische, partiell gesichert rechtsextreme Partei, erzielt nahezu überall beträchtliche Wahlerfolge und hat sich insbesondere im Osten Deutschlands fest etabliert. Nur zu Teilen wird sie aus – möglicherweise vorübergehendem - Protest gegen die „Etablierten“ gewählt. Viele ihrer Anhängerinnen und Anhänger unterstützen aus voller Überzeugung die von ihr vertretenen radikalen revisionistischen, fremdenfeindlichen und europakritischen Positionen, die sie selbst unter ihresgleichen in der EU weitgehend isolieren.

Gibt es also überhaupt ein reales, fassbares „Wir“ in einer so aus-differenzierten, modernen Gesellschaft wie der unseren, mit allen ihren Unterschieden – und in Teilen auch Gegensätzen - zwischen Stadt und Land, West und Ost, Jungen und Älteren, Alteingesessenen und Zugewanderten, Gewinnern und Verlierern des globalen Wettbewerbs?

Sind, so ist in diesem Zusammenhang zu fragen, die historischen Erfahrungen der Deutschen - in West und in Ost - noch prägend genug für ein gemeinsames Selbstverständnis? Reicht der Fundus an verbindenden Werten? Oder lassen sich auch heute die Deutschen einigende Vorstellungen von einer guten Zukunft, für sich wie für das Land, erkennen?

Wie sinnvoll ist mithin die Suche nach einer „nationalen Identität“ der Deutschen heute, in der Mitte der zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts, oder sollten wir uns (einstweilen) mit einer wenig gemeinschaftlich organisierten, höchst fluiden, im besten Fall auf wechselseitige Akzeptanz verpflichteten Pluralität zufriedengeben?

Antworten hierauf sind gewichtig, denn verlässliches politisches Handeln und ein selbstbewusstes Agieren in einer polyzentrischen, wenig geordneten, von zunehmend aggressiv ausgetragenen Rivalitäten geprägten Welt erscheint ohne ein Mindestmaß an nationaler Identität schwer vorstellbar. Deshalb möchte die Deutsche Nationalstiftung, auch mit der Vorlage dieses neuen Bands der *Berichte zur Lage der Nation*, wie es in unserer Gründungssatzung heißt, „zu einer nationalen Identität in einem friedlichen, weltoffenen Deutschland beitragen“.

Und unsere Autorinnen und Autoren, aus verschiedenen Generationen stammend und mit höchst unterschiedlicher Expertise ausgestattet, haben sich – wie ich finde: überzeugend - um Antworten bemüht, auch wenn diese in der Regel ehertastend und alles andere als selbstgewiss ausfallen, sich nicht zuletzt auf Wege und Prozesse beziehen, um eine in unsere Zeit passende Identität zu stärken.

So empfiehlt *Heinz Bude*, einer der führenden deutschen Soziologen unseres Landes, in seinem einleitenden Beitrag „eine gezielte Beratschlagung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik“ zur Erarbeitung eines „Designs von Szenarien über die Rolle von Deutschland als Gesellschaft und Nation in Europa und von Europa als Staatenbund und Wirtschaftsgemeinschaft in der Welt“.

*Andreas Voßkuhle*, langjähriger Präsident des Bundesverfassungsgerichts und heute Präsident des Senats unserer Stiftung, stellt die Idee des „Verfassungspatriotismus“ auf den Prüfstand und meint, dieser könne durchaus dabei helfen, mit zentrale Herausforderungen der Gegenwart – Migration, Pandemie, Verfassungsfeinde, Krieg – erfolgreich umzugehen und so den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu fördern.

Die Start-Up-Unternehmerin *Verena Pausder* und *Michael Vassiliadis*, Vorsitzender der weit ausgreifenden Gewerkschaft IG BCE, kommen in einem konzentrierten, faktenbasierten Gespräch (das wir mit einer Reihe aussagestarker Statistiken unterlegt haben) zum Ergebnis, dass die Deutschen gute Voraussetzungen mitbringen, um mit der anstehenden tiefgreifenden Transformation unserer Wirtschaft fertig zu werden.

Die Berliner Professorin und Sicherheitsexpertin *Marina Henke* unterzieht die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik einer eingehenden Betrachtung. Sie kritisiert, dass Deutschland als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstärkstes Land des Kontinents über keine konsistente sicherheitspolitische Strategie verfügt und legt dar, welche – allerdings recht unbequemen – Alternativen sich der Bundesrepublik aus ihrer Sicht diesbezüglich bieten.

*Serap Güler*, führende Politikerin der CDU, geht vor dem Hintergrund ihrer eigenen Biographie der Frage nach, wie gut Deutschland mit den großen Zuwanderungsströmen der vergangenen Jahre tatsächlich zurechtkommt, wo aus

ihrer Sicht die wirklichen Probleme liegen, und wie Integration gefördert werden kann, um weitere Spaltungen zu verhindern.

*Klaus Mertes*, Jesuit und Autor, untersucht den großen Vertrauensverlust in die Kirchen unseres Landes, betont aber zugleich den Stellenwert von Religion als „Solidaritätsressource“, sieht Religion in Deutschland weiterhin „allgegenwärtig“ und als „Teil unserer Identität“.

*Marlene Knobloch*, renommierte Autorin und viel beachtete Stimme aus der „Millennial-Generation“ und *Ronald Reng*, Bestsellerautor und Sportjournalist, dürfen wir heute Abend hier persönlich begrüßen und ihnen zuhören, wenn sie gleich mit Martin Klingst über Ihren Blick auf die deutsche Identität diskutieren werden.

So unterschiedlich unsere Autorinnen und Autoren analysieren und argumentieren, eines eint sie: Das nüchterne Aufzeigen von Fehlentwicklungen verbunden mit dem entschiedenen Willen, die sich bietenden Chancen für eine gute Zukunft Deutschlands aufzuzeigen.

Es wäre sicher hilfreich, wenn ein solcher Ansatz die Debatte in unserem Land, gerade auch die der kommenden zwei, drei Monate, ein wenig beflügeln könnte.